52. Jahrgang. № 212. Sonntag, 2. August 1908.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 2,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 2 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Chocoladen, Cacaos Desserts.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Kunst-Salon von Emil Richter Prager Strasse Prager Strasse **Hochzeits-Geschenke** Geschmackvoll. • Künstlerisch. • Preiswert.

Vorzüglich sind Gummischläuche mit Kennzeichen: E. Böhme's rother Gartenschlauch. Telephon I 3844. E. Böhme, 13 Ferdinandstr. Dresden A.

Diplome, Prachtalbums Jubiläums-Geschenke. Leder- und Bronze-Waren, Marmor, Porzellan, Fächer, Rahmen, Kassetten. :: :: :: Eigene Werkstatt für kunstgewerbliche Arbeiten. :: :: :: **Eduard Pachtmann** seit 1. April nur Prager Str. 15, nächst Ferdinandstr.

Tuchwaren. Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, **Damentuche, Billardtuche, Bunte Tuche.** Verkaufsstelle der vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Kgl. Sächs. Staatsforstbeamte. **Hermann Pörschel** Scheffelstrasse 19/21 (Kleines Rauchhaus).

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Ziemlich kühl, vielfach heiter.

Der Kaiser und die Kaiserin sind gestern von Swinemünde nach Stockholm abgereist.

In Dresden ist gestern ein Monteur infolge einer Benzinexplosion verbrannt.

Der Entwurf zur Strafprozeßordnung wird Ende August der Oeffentlichkeit unterbreitet.

Die „Nordd. Allg. Ztg." bringt zum Fall Schücking eine Erklärung.

Im Befinden des Fürsten Eulenburg ist eine Besserung eingetreten.

Die Stadt Jena hat die Exzellenzen Roth, Eggeling und die Professoren Delbrück, Haeckel und Dr. Schott zu Ehrenbürgern ernannt.

An der Straßburger Universität besteht, wie verlautet, die Absicht, Frauen zur Immatrikulation zuzulassen.

Der Schaden, den die Unwetter im unteren Inntale und Zillertale angerichtet haben, beträgt 100 000 Kronen.

An Bord eines aus Buenos Aires in Hamburg eingetroffenen Dampfers sind pestverdächtige Ratten gefunden worden.

Die amerikanische Flotte kommt Ende September eine Woche nach Amoy (China).

Zum internationalen Freihandelskongreß.

In demselben Saale zu Westminster, in dem der 17. Kongreß der internationalen Friedensgesellschaften getagt hat, wird auch der internationale Freihandelskongreß, der am 4. August zusammentritt, seine Sitzungen abhalten. Die Beratungsgegenstände sind für den Charakter des Kongresses bezeichnend. So steht beispielsweise an dritter Stelle der Tagesordnung ein Referat über: „Die politische Moral, gekennzeichnet durch die Wirkung der Zölle und durch die Interessenbegünstigung im Staate". Angesichts solcher Themata, die auf den ersten Blick ihren aggressiven Charakter erkennen lassen, muß man es als recht zweckmäßig bezeichnen, daß nur geschworene und gegen jede bessere Erkenntnis gefeite Freihändler in Caxton Hall zugegen sein werden, darunter aus Deutschland der freisinnig-demokratische Reichstagsabgeordnete Gothein und der als unglücklicher Parteigründer wohlbekannte Dr. Barth. Ein bedingungsloser Hymnus auf den alleinseligmachenden Freihandel wird auch unter den gegebenen Verhältnissen nur möglich sein, indem sich die Herren Freihändler hermetisch abschließen gegen die Schutzzollbewegung, die in England selbst in starkem, wie es scheint, unaufhaltsamem Wachstum begriffen ist und vielleicht schon in naher Zukunft zu praktischer Einwirkung auf die Zollgesetzgebung und die Wirtschaftspolitik des Landes gelangt. Der Kongreß wird sich ferner gegen die Tatsache verschließen müssen, daß England längst nicht mehr die unnahbare Hochburg des Freihandels ist, der die Anti-Kornzoll-Liga und ihr Begründer, Richard Cobden, ewigen Bestand hatte sichern wollen. England hat unter konservativer Regierung die Bahn des Protektionismus betreten durch den Versuch einer Verächtlichmachung ausländischer Erzeugnisse, der aber, soweit Deutschland durch den weltberühmt gewordenen Stempel „Made in Germany" davon betroffen wurde, nicht nur fehlschlug, sondern die entgegengesetzte Wirkung hatte, und weiter durch die Zollpolitik gegenüber den selbständigen Kolonien, die unter Hinweis auf die Vorteile, die sie als Gliedstaaten des britischen Reiches, besonders durch den Schutz der englischen Flotte genießen, zur Einführung von Vorzugszöllen veranlaßt wurden und somit innerhalb des britischen Handels- und Industriegebietes das Prinzip des Freihandels durchbrochen haben. Die gegenwärtige liberale Regierung hat nichts getan, um den früheren bedingungslos freihändlerischen Zustand wieder herzustellen. Im Gegenteil! Der jetzt vielgenannte Schatzkanzler, Herr Lloyd George, der im Ministerium Campbell-Bannerman den Posten des Präsidenten im Board of Trade bekleidete, war es, der eine Verschärfung der Einwanderungsbestimmungen veranlaßte und der eine Patentgesetzgebung ins Leben rief, die die Ausführung ausländischer Patente von der Beschäftigung englischer Arbeiter abhängig macht und nur auf englischem Boden geschehen läßt. Besonders die letztere Maßnahme, die sich in erster Linie gegen Deutschland richtet, trägt ausgeprägt schutzzöllnerischen Charakter.

Trotzdem also die Engländer der Schutzzollpolitik, zu der sonst alle großen und mittleren Staaten offiziell gegriffen haben, ebenfalls bereits mancherlei mehr oder weniger verschleierte Zugeständnisse haben machen müssen, halten sie doch nach wie vor an der Fiktion fest, daß Großbritannien die eigentliche und einzige Freihandelsburg der Welt geblieben sei, und preisen die angebliche friedenstärkende Kraft des freihändlerischen Prinzips. Eher könnte man aber behaupten, daß die Schutzzollpolitik als Friedensbürgschaft gewirkt hat. Und zwar in doppeltem Sinne. Ohne einen angemessenen Zollschutz müßte die Bevölkerung derjenigen Länder empfindlich benachteiligt werden, die über eigene gewerbliche Rohstoffe wenig oder gar nicht verfügen und bereits zu einer höheren Lebenshaltung aufgestiegen sind, als von der Natur bevorzugtere, mit billigeren Arbeitskräften arbeitende Länder. Wie hätte in Deutschland die Landwirtschaft sich behaupten und gedeihlich entwickeln können, ohne den Schutz, zu dem die Zollgesetzgebung von 1879 den Grund legte! Wie hätte ohne diesen Schutz eine deutsche Industrie neben der englischen konkurrenzfähig werden können! Hätte dieser Schutz gefehlt, so wäre Deutschland entweder infolge enormer Auswanderung verödet, oder aber das jährlich um nahezu 1 Million Menschen wachsende deutsche Volk hätte sich gewaltsam Luft machen müssen gegen diejenigen Nationen, die ihm durch eine alles erdrückende Einfuhr die Lebensadern unterbanden. Ferner sind unter der Wirkung der Schutzzollpolitik auch die Völker, die nicht wie England durch Handel, Schiffahrt und Finanzgeschäfte die ganze Welt tributpflichtig machen können, wohlhabend geworden. Unter der Wirkung der Schutzzollpolitik hat die Arbeitslosigkeit, diese furchtbarste Erscheinung des modernen Wirtschaftslebens, viel von ihren Schrecken verloren. In England dagegen ist dieses drohende Uebel an der Tagesordnung und verschlimmert sich jedesmal, wenn, wie eben jetzt, die Konjunktur ungünstig steht, in besorgniserregender Weise. Wo aber mit Hilfe des Schutzzolls den breiten Massen regelmäßiger Verdienst und bei fleißiger Arbeit und wirtschaftlicher Lebensführung ein gewisser Wohlstand gesichert ist, wird der Friede, der allein die Fortdauer so günstiger Zustände verbürgen kann, hoch im Preise stehen, und so erfüllt auch unter diesem Gesichtspunkte die Schutzzollpolitik eine Friedensmission. Im übrigen kann nur wiederholt werden — und das werden auch die Freihändler füglich nicht bestreiten können —, daß heutzutage europäische Kriege wegen vereinzelter materieller Interessen, wie es bloße Zollstreitigkeiten sind, nicht mehr denkbar sind. Solche Kriege würden im wahren Sinne des Wortes Volkskriege sein, und nur wenn Fragen der Machtstellung und der nationalen Ehre zur Entscheidung stehen, oder wenn es sich um die Abschneidung der wirtschaftlichen Lebensbedingungen eines Volkes handelt, werden Regierungen und Volksvertretungen zu dieser ultima ratio greifen können.

Den stärksten ihrer Trümpfe pflegten die Freihändler bisher mit der Behauptung auszuspielen, daß das Freihandelssystem der Gesamtheit der Nation größeren Wohlstand und bessere Lebenshaltung verbürge. Die Entwicklung in England soll angeblich dafür den unumstößlichen Beweis liefern. Diese Entwicklung war in der Tat eine beispiellos günstige, aber sie ist offenbar weit mehr dem Umstande, daß England um die Mitte und bis gegen Ende des vorigen Jahrhunderts keiner ernsthaften Konkurrenz zu begegnen hatte, als dem Freihandelssysteme zuzuschreiben. Jetzt, wo namentlich Deutschland und die Vereinigten Staaten als Wettbewerber aufgetreten sind, haben sich die Dinge wesentlich verschoben. Es erscheint kaum denkbar, daß die englischen Freihändler auch jetzt noch auf dem Kongreß ein ausschlaggebendes Maß wirtschaftlicher Ueberlegenheit für den Freihandel in Anspruch nehmen und mit dem Brustton der Ueberzeugung diesen Satz vertreten. Denn vor der Tatsache, daß neuerdings die Schutzzollstaaten verhältnismäßig größere Fortschritte gemacht haben, können sie unmöglich die Augen verschließen. Das Deutsche Reich, das gegenwärtig mit einem Vermögenszuwachs von jährlich 4 Milliarden Mark rechnen kann, hat mit einem Nationalvermögen von 200 Milliarden Mark Frankreich überflügelt und sich dem reichen England einigermaßen genähert. Kohlen-, Eisen- und Stahlproduktion, Eisenbahn- und Schiffahrtswesen, zahlreiche Industrien haben sich in Deutschland verhältnismäßig schneller und mächtiger entwickelt als in England. Dabei hat Deutschland ein ganzes System sozialpolitischer Einrichtungen schaffen können, während in England mit Mühe und Not bisher nur ein derartiges Gesetz über die Altersversicherung zustande gekommen ist. Und die Lebenshaltung der breiten Massen in Deutschland und England? Ein englisches Blaubuch wollte kürzlich unter diesem Gesichtspunkte die Ueberlegenheit des Freihandels beweisen. Das Handelsamt mußte aber diese Veröffentlichung, die offenbar für den Freihandels-Kongreß bestimmt war, schleunigst wieder zurückziehen, weil darin schwere Irrtümer und Mängel nachgewiesen wurden. Die freihändlerischen Argumente können höchstens auf den ersten Blick bestechen; vor der entscheidenden Macht der tatsächlichen Verhältnisse können sie dagegen nicht Stand halten. Diese Macht der Tatsachen ist so groß, daß sich auch England der ernsten Erwägung, ob dem Drängen der Tarifreformer nachzugeben sei, kaum noch lange wird entziehen können. Vielleicht ist der diesjährige Freihandels-Kongreß der letzte, der in dem angeblich freihändlerischen England stattfindet.

Neueste Drahtmeldungen vom 1. August.

Zur Reichsfinanzreform.

Berlin. (Priv.-Tel.) Eine hiesige Korrespondenz macht Mitteilungen über die Vorbereitung zur Finanzreform. Danach gedenkt Fürst Bülow an der Nordsee im August und September eine Reihe einzelner einflußreicher Parlamentarier zu empfangen, um mit ihnen die Lage zu besprechen. Es soll beabsichtigt sein, den Parlamentariern im strengsten Vertrauen die Grundzüge der Reichsfinanzreform mitzuteilen, wie sie in Gemeinschaft mit den Finanzministern der Bundesstaaten Anfang Juli aufgestellt worden sind. Um den Wünschen der Parlamentarier nach Möglichkeit entgegenkommen zu können, bestehen nach der betreffenden Korrespondenz neben dem Hauptplan der Reform noch Reservepläne. Reichsschatzsekretär Sydow scheide vorläufig aus und werde erst Mitte September wieder eingreifen, wenn die Lage geklärt ist, so daß eine bestimmte Vorlage aus den vorliegenden Plänen zusammengestellt werden könne. Während bei der Reichsfinanzreform auf die Wünsche des Reichstages eingegangen werden könne, so daß der Reichstag auch im Winter noch in der Lage sein werde, Umgestaltungen vorzunehmen, ist die Sachlage bei dem Beamtengesetz und den preußischen Steuervorlagen wesentlich anders. Hier liege das Ergebnis eingehendster Arbeiten vor, aus dem sich kaum Einzelheiten entfernen lassen.

Zum Fall Schücking.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zum Fall Schücking bringt die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg." folgende Auslassung: „Die Prüfung des Falles Schücking in der Ministerialinstanz hat ergeben, daß nach Einleitung des formalen Disziplinarverfahrens jede Beeinflussung des in der Sache zuständigen Bezirksausschusses von seiten des Ministers des Innern auf Grund des § 157, Nr. 2, des Gesetzes über allgemeine Landesverwaltung für unzulässig zu erachten ist. Der Bezirksausschuß wird selbständig darüber zu befinden haben, ob das Verfahren einzustellen oder durch Urteil zum Abschluß zu bringen ist. Wenn das letztere erfolgt und dabei auf eine der gesetzlich in Betracht kommenden Disziplinarstrafen erkannt wird, so steht dem Bürgermeister Dr. Schücking gegen dieses Urteil die Berufung an das Oberverwaltungsgericht zu. Die in der Presse noch immer wiederkehrende Behauptung, daß Herr Schücking in Sachen seiner Landtagskandidatur durch einen Beamten im höheren Auftrage beeinflußt worden sei, ist auch insoweit unwahr, als diese Beeinflussung einer provinzialen Instanz zugeschrieben wurde. Der Beamte, der Herrn Schücking Vorstellungen betreffs seiner Kandidatur gemacht hat, ist der zweite Bürgermeister Plewka aus Schleswig. Herr Plewka hat amtlich bekundet, daß er bei einer aus völlig anderem Anlaß stattgehabten Unterredung lediglich seiner privaten Ansicht Ausdruck gegeben und weder von einem Auftrag gesprochen, noch sich überhaupt den Anschein gegeben habe, der Ueberbringer eines amtlichen Auftrages zu sein."

Die Rede des Premierministers Asquith.

London. (Priv.-Tel.) Die Rede, die der Premierminister Asquith gestern bei dem Bankett des Friedenskongresses gehalten hat, stand in auffallendem Kontrast zu der Rede des Finanzministers Lloyd George und wurde allgemein als eine deutliche Absage an Lloyd George, sowie an die extremen Radikalen aufgefaßt. Es wird darauf hingedeutet, daß die Einigkeit des Kabinetts nicht besonders fest sein könne, wenn der Premierminister zu einer öffentlichen Rede greifen muß, um den Schaden gutzumachen, den sein Schatzkanzler angerichtet hat. Premierminister Asquith erklärte, er sei nicht einer derjenigen, die an die Verwirklichung einer allgemeinen Abrüstung glaubten. Die nationale Sicherheit müsse stets die erste Sorge einer jeden Regierung sein. Die Regierung würde die heiligste Pflicht gröblich verletzen, wenn sie die Fürsorge für die nationale Sicherheit vernachlässigen würde. Solange die Menschheit so bleibt, wie sie ist, so lange müssen kluge Staatsmänner für die Möglichkeit des Krieges vorbereitet werden. Asquith sagte, er hoffe, daß der Frieden durch den Abschluß von Abkommen mit verschiedenen Ländern am meisten befestigt werde. Asquith zieht Ententen den festen Allianzen vor, denn diese seien zuweilen hinderlich für den Frieden. Eine Ausdehnung des internationalen Schiedsgerichtssystems erscheine ihm auch wünschenswert. Vor allem müssen freundliche Gefühle zwischen den Völkern gefördert werden; diese seien die beste Gewährleistung für den Frieden. Die Rede des Premierministers hat einen